

# **DIE LINKE.**

Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming

## **Rede von Hans-Jürgen Akuloff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zum Haushalt 2016 auf der Kreistagssitzung am 15. Februar 2016**

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Sehr geehrte Frau Landrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

nicht nur in Teltow-Fläming, sondern bundesweit sind Finanzen und Herausforderungen die Hauptworte für Kommunalpolitik geworden. Um das zu unterlegen hat „Der Neue Kämmerer“ - nicht Herr Ferdinand, sondern eine Fachzeitschrift dieser Berufsgruppe - 2015 Deutschlands Kämmerer befragt. 53 % aller Kämmerer bezeichnen als größte Sorge die Mehrausgaben im Sozialbereich, 46 % bemängeln die fehlende Konnexität bei übertragenen Aufgaben vom Bund. Deutliche Entlastungen von der großen Politik ist die Erwartungshaltung. Das soll nur die Lage beschreiben, nicht unser Thema sein. In unserer Verantwortung haben wir die Kreisfinanzen so zu ordnen, dass die Leistungsfähigkeit für über 163.000 Menschen erhalten und ausgebaut wird. Vielleicht sollten wir hier bei der Einwohnerzahl im Bezug auf die laufende Debatte zur Verwaltungsstrukturreform noch ein „Plus X“ einfügen ...

Punkt eins dieser Tagesordnung ist der Abschied von der Schuldenkultur bei finanzpolitischen Entscheidungen. Am Abschied arbeiten wir alle schon mehrere Jahre, das heutige Beschlusspaket ist das geballte Aufgabenbündel zur Fortsetzung der Schuldentilgung.

Unser Kämmerer hat hoffnungsvolle Ist-Zahlen mit guter Prognose verkündet und auch die bisherigen Jahresabschlüsse stimmen froh. Dafür Dank an den Kämmerer und besonders die Landrätin!

Die Linksfraktion findet alle Kreistagsbeschlüsse zur Finanzpolitik in den Haushaltsdokumenten festgeschrieben.

Diese sind für uns:

Erstens die Vision, den bis 2009 angehäuften Fehlbetrag von 21 Millionen Euro mit jedem Haushaltsjahr mit Millionenbeträgen abzubauen. Den Überschuss von 4,5 Millionen Euro betrachten wir als Pflichtbeitrag zur Schuldentilgung. Haushaltsdisziplin ist hier in diesem Hause Leistungs- und Leitungsstärke und kein Merkmal von Schwäche. Deshalb für alle Dezernate und Ämter die Anerkennung des Einsparwillens. Auch mit der Tendenz des Verzichts auf notwendige Finanzausstattung, die wir nicht übersehen, wenn Notwendigkeiten in Ämtern vertagt werden müssen.

Zweitens hat die Diskussion in den Ausschüssen verdeutlicht, dass der Ertragszuwachs auf 252 Millionen Euro im untrennbaren Zusammenhang mit der Ausgabenentwicklung steht. Die Mehrausgaben sind nicht hausgemacht, sondern hauptsächlich aufgrund der Gesetze unbeeinflussbar. Sie haben sehr viel mit Kostengerechtigkeit zu tun. Gelebte Konnexität und Neuverschuldung werden künftig auch neuen Diskussionsstoff liefern.

Drittens: Die Nachhaltigkeitssatzung, die als Grundlage Anträge zur Schuldenbremse von der CDU-Fraktion hatte und der Leitbildbeschluss zur Haushaltskonsolidierung sind in den

vorgelegten Dokumenten eingearbeitet und verhindern eine erneute Verschuldung. Uns ist auch klar, dass die Finanzpolitik dieser Legislatur keine investiven Vorzeigeobjekte schultern kann. Selbst der Abbau des vorhandenen Investitionsrückstaus erfordert weitere Anstrengungen. Höhere Erträge auf die Investitionsleistungen umzulegen widerspricht der gültigen Beschlusslage. Wir alle wünschen uns mehr Investitionskraft. Die 1,9 Millionen Euro vorwiegend im Bildungsbereich sind das Maß unserer Möglichkeiten. Erwähnenswert ist ja auch die Finanzleistung zur Mitfinanzierung der B 101 und der Erlebnisregion Fläming-Skate mit hochgerechnet mehr als fünf Millionen Euro Gesamtinvestition.

Viertens befürwortet unsere Fraktion die gute Entwicklung bei den Kassenkrediten. Dem Beschlussvorschlag zur Inanspruchnahme der Obergrenze von 34 Millionen Euro stimmen wir zu. Bei deutlich schlechteren Zinskonditionen benötigte die Verwaltung 2012, um es noch einmal zu erwähnen, noch 43 Millionen Euro. In diesem Spiegelbild der laufenden Ausgaben kann man den Sparwillen und damit die Ausgabenpolitik des Kreises erkennen. Leider ist, und daran können wir schwer etwas ändern, der Kassenkredit zum dauerhaften Finanzierungsinstrument der Kommunen geworden. Nach einer aktuellen KfW-Studie soll der Aufwuchs der Kassenkredite bundesweit bis 2020 auf 77 Milliarden Euro ansteigen. Das ist das Problem: Hohe Kassenkredite beschränken den finanziellen Handlungsspielraum der Kreise und damit das politische Agieren.

Auch wir als politische Entscheidungsträger brauchen den Handlungsrahmen für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kreises in der aktuellen Neugliederungs- und Reformdebatte. Wir verkennen nicht, dass unsere nachhaltige Haushaltspolitik durchaus in der Frage mit Risiken verbunden ist.

Auch die sogenannten freiwilligen Leistungen bereiten uns schon in ihrer Definition des Begriffs und ihrer 2,5 Prozentregel gewisse Sorge. Es gibt sicher Meinungsübereinstimmungen, dass diese Leistungen die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden maßgeblich mitbestimmen. Wir wollen möglichst viel erhalten und sind sehr zufrieden, dass eine alternative Finanzierungsgrundlage für die vielfältige Projektförderung vorhanden ist. Mit den Gewinnanteilen der Mittelbrandenburgischen Sparkasse sind wichtige Aufgaben in Bildung, Kultur, Sport sowie Flüchtlings- und Seniorenarbeit ermöglicht worden. Bezogen auf das Gesamtproblem der Flüchtlingspolitik schließen wir uns an den hier bereits geäußerten Dank an alle Beteiligten an.

Abschließen zur Stellenplanentwicklung. Sie hat wie übrigens alle Bereiche an Transparenz gewonnen, wozu auch das Personalentwicklungskonzept beiträgt und Vergleiche überhaupt erst möglich macht. Die Begründungen zur Notwendigkeit der Erweiterung des Stellenplanes um 27,5 Stellen sind von der Verwaltung schlüssig vorgetragen worden. Zum Stellenplan bringen wir heute einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, CDU, Bauernverband/ FDP und Bündnis 90/ Grünen ein. Wir beantragen gemeinsam, die Arbeit und Stelle des Flüchtlingskoordinators zu verstetigen und zu entfristen. Die befristete Aufgabenerfüllung entspricht nicht den gewachsenen inhaltlichen Ansprüchen und der Zeitdauer für die Aufgabennotwendigkeit. Des Weiteren muss die Koordinierungs- und Netzwerkfunktion zu den Städten und Gemeinden sowie zu den Integrations- und Flüchtlingsinitiativen in Zusammenarbeit mit den Fachämtern weiter gestärkt werden. Deshalb bitten wir um ihre Zustimmung für den gemeinsamen Antrag.

Den vorgelegten Einzeldokumenten des Haushaltes 2016 einschließlich des Jugendförderplans stimmt die Linksfraktion zu.